

(Staatsminister DDr. Beck.)

(A) handelt werden müssen, um ihre Arbeitsfreudigkeit tunlichst zu heben und zu stärken.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Löbner.

Abg. Dr. **Löbner:** Meine Herren! Ich hatte mich zum Worte gemeldet, weil hier Angriffe auf die Synode ausgesprochen wurden. Da ich der Synode angehörte, fühlte ich mich dazu berufen. Nachdem aber Se. Excellenz der Herr Kultusminister die Angriffe bereits zurückgewiesen hat, erledigt sich für mich ein nochmaliges Eintreten in der Sache. Es würde meines Erachtens doch die Würdigung dieser Angriffe über das Maß dessen, was notwendig ist, hinausgehen, wenn ich mich noch weiter darüber ausließe.

(Bravo!)

Ganz kurz möchte ich noch gegenüber dem Herrn Vizepräsidenten Fräßdorf sagen: ich hatte seine Heranziehung der Reichsversicherungsordnung bei dieser Besprechung als eine schiefe bezeichnet. Von dem Herrn Kultusminister ist Herrn Fräßdorf bereits rücksichtslos bezüglich seiner Stellungnahme zu dem Gesetze über die Versorgung der Hinterbliebenen der Geistlichen nachgewiesen worden, wie wenig gerecht er gewesen ist. Ich möchte aber noch erklären: dem Herrn Vizepräsidenten Fräßdorf hat es doch niemals entgehen können, daß die Stellung des Beamten und des Arbeiters hier auf diesem Gebiete absolut nicht vergleichbar ist. Wenn der Beamte die Freiheiten für sich in Anspruch nähme, die der Arbeiter für sich in Anspruch nimmt in bezug auf Wechsel im Ort und in der Art der Arbeit, in bezug auf sein Verhalten nach der Arbeitgeberseite — nicht allemal im besten Sinne! — und gegenüber seinen Mitarbeitern —

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

(Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

ich erinnere an die Fälle von Terrorismus usw. —

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

und wenn die Beamten ebenso in Streiks eintreten wollten, wie es den Arbeitern jetzt vielfach gefällt,

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

dann, kann ich Ihnen versichern, würde man überhaupt nicht zu Gesetzentwürfen wie den vorliegenden gelangen. Ihre heutige Heranziehung der Reichsversicherung gegenüber der Beamtenwitwen- und -Waisenpension paßt nicht. Der Beamte, wie gesagt, der sich so verhielte, wie es ein großer Teil unserer

Arbeiterschaft tut, würde überhaupt nun und nimmer mehr in eine pensionsberechtigten Stellung kommen.

(Beifall bei den Nationalliberalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatsminister v. Seydewitz.

Staatsminister v. **Seydewitz:** Meine sehr geehrten Herren! Gestatten Sie zum Schlusse noch eine ganz kurze Berichtigung! Der Herr Abg. Brodauf hat vorhin bemerkt, die letzte Gehaltserhöhung wäre durchaus unsozial gewesen. Meine Herren! Das ist doch nicht zutreffend. Die Gehaltserhöhung ist in den unteren Beamtenklassen prozentual wesentlich höher gewesen als in den höheren Klassen. Ebenso ist auch das Wohnungsgeld für die unteren Klassen prozentual wesentlich günstiger gestaltet worden als für die oberen. Ich behalte mir vor, hierauf zurückzukommen, wenn das Gesetz über die Erhöhung der Wohnungsgelder zur Beratung kommt.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Spiß.

Abg. **Spiß:** Meine Herren! Nachdem die sehr wenig berechtigten und wenig schönen Anwürfe des Herrn Abg. Niem gegen die evangelisch-lutherische Landessynode sowohl von dem Herrn Kultusminister als auch von Herrn Abg. Dr. Löbner zurückgewiesen (B) worden sind, und zwar mit Entschiedenheit zurückgewiesen worden sind, kann ich, der ich ebenfalls die Ehre habe, der Synode anzugehören, mich des weiteren Eingehens auf diese Anwürfe enthalten.

Nur zwei Punkte der Ausführungen des Herrn Abg. Niem geben mir noch zu kurzen Bemerkungen Veranlassung.

Der Herr Abg. Niem hat sich gegen meine Behauptung, daß der Mittelstand in der Gegenwart geradezu als das Rückgrat des Staates anzusehen sei, mit der Behauptung gewandt, daß nicht sowohl der Mittelstand als vielmehr die Arbeiterschaft das Rückgrat des Staates bilde. Ja freilich, meine verehrten Herren, sollte es so sein, und es würde dem vielleicht auch so sein, wenn es Ihnen wie der äußersten Linken nicht gerade beliebt, alles zu tun, damit die Arbeiter gegenwärtig nicht das Rückgrat des Staates, sondern ausgesprochene Staatsfeinde sind, soweit sie Ihrem Einfluß unterliegen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube, solchen nicht weiter abzuleugnenden Tatsachen gegenüber bleibt meine Behauptung, daß zurzeit der Mittelstand tatsächlich die festeste Stütze des Staates bildet, immerhin eine durchaus begründete.